Müllers Müllöfen umstritten

Bürgerinitiative beantragt einstweilige Anordnung

Auch die jüngste Wachauer Gemeinderatssitzung hat ein juristisches Nachspiel. Wie berichtet, hatte der Gemeinderat mit der Mehrheit der CDU-Räte einen neuen Bürgerentscheid zum Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerk abgelehnt. Hauptsächlich beriefen sich die CDU-Räte bei ihrer Entscheidung auf die Rechtsauffassung der zuständigen Kommunalaufsicht, vorgetragen von Geert Runge, Dezernent im Landratsamt Kamenz.

Er argumentierte, dass das Bürgerbegehren der Interessengemeinschaft „Gesunde Zukunft – keine Müllverbrennung bei Müllermilch“ sich gegen einen Gemeinderatsbeschluss vom 12. September 2007 richtet. In diesem Fall beginnt die gesetzlich festgelegte zweimonatige Einreichungsfrist für das Bürgerbegehren mit der öffentlichen Bekanntgabe. Diese ist nach Runges Lesart identisch mit dem Sitzungstermin. Runges Rechnung: Statt spätestens am 12. November wurden die Unterschriften erst am 14. November bei der Gemeinde eingereicht. Um zwei Tage „verfristet“, wie es im Amtsdeutsch heißt.

Der Anwalt der IG, Lothar Hermes, vertritt hingegen die Meinung, dass die von Runge angeführte Zweimonatsfrist erst mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Gemeinderatsbeschlusses im Amtsblatt beginnt. Das war am 28. September 2007 geschehen.

Nun soll das Verwaltungsgericht Dresden diese Streitfrage entscheiden, weil es dabei um eine Auslegung der sächsischen Gemeindeordnung geht. Beim Gericht liegt seit 26. Februar ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung vor.

Mit dem juristischen Tauziehen soll die Gemeinde Wachau verpflichtet werden, das Bürgerbegehren der IG unter Aufhebung des gegenteiligen Beschlusses des Gemeinderates für zulässig zu erklären. Weiterhin soll erreicht werden, dass der Kommune bis zur rechtmäßigen Entscheidung über die Klage untersagt wird, den ins Auge gefassten Vorhaben- und Erschließungsplan zur Errichtung des in der Bevölkerung heiß umstrittenen Lepersdorfer Müllöfens zu beschließen.

Werner Peters